



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

ZWEI JAHRE REGIERUNGSTÄTIGKEIT DER PIS

■ VON DER REDAKTION	
Veränderungen bei den Länder-Analysen	2
■ ANALYSE	
Republik, Rebellion und Revanche – zwei Jahre später Jarosław Flis, Krakau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Unterstützung für die Parteien, Bewertung der Tätigkeit der Regierung und Zusammensetzung des neuen Kabinetts	8
■ CHRONIK	
12. Dezember 2017 – 22. Januar 2018	14

Veränderungen bei den Länder-Analysen

Das neue Jahr bringt einige Veränderungen bei den Länder-Analysen mit sich: Ab dem 1. Januar 2018 werden die Polen-Analysen, Russland-Analysen, Ukraine-Analysen, Belarus-Analysen und Zentralasien-Analysen von einem neu konstituierten Konsortium herausgegeben. Zu diesem Konsortium gehören sechs wissenschaftliche Institutionen:

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien.

Aufgabe des Konsortiums ist es, die Kooperation zwischen den Länder-Analysen zu koordinieren und zu stärken. Zugleich soll so die Herausgabe der Länder-Analysen institutionell, finanziell und personell auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden

Die Redaktion der Polen-Analysen erfolgt durch das Deutsche Polen-Institut, Darmstadt, und die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Verstärkt werden die Polen-Analysen durch einen wissenschaftlichen Beirat, dem Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz, und Prof. Dr. Klaus Ziemer, Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie, angehören.

ANALYSE

Republik, Rebellion und Revanche – zwei Jahre später

Jarosław Flis, Krakau

Zusammenfassung

Der Wechsel im Amt der Ministerpräsidentin, die Umbildung der Regierung und die im Herbst bevorstehenden Wahlen auf regionaler und lokaler Ebene sind drei Elemente, die die aktuelle politische Situation in Polen wesentlich bestimmen. Um ihre Bedeutung zu erläutern, wird an die von mir vor genau zwei Jahren in den Polen-Analysen (Polen-Analysen Nr. 174) dargelegten Thesen angeknüpft. Damals wurden in der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) drei Strömungen ausgemacht, die sich mit den Begriffen Republik, Rebellion und Revanche charakterisieren lassen. Es scheint, dass sich in diesen zwei Jahren ein bestimmtes Gleichgewicht zwischen den Strömungen herausgebildet hat, das über die Richtung zu entscheiden vermag, in die die Partei, die politische Szene insgesamt und schließlich das ganze Land streben.

Rebellion und Revanche in der Praxis

Wenn man zu der Strömung der Rebellion alle diejenigen zählt, die die institutionellen Errungenschaften der letzten 25 Jahre austilgen wollen, dann ist deren spektakulärste Leistung die Reform des Bildungswesens gewesen. Die strukturellen Veränderungen im Schulwesen wurden in einem beispiellosen Tempo und ohne Rücksicht auf kritische Meinungen vollzogen. Sie führten nicht zu einer Katastrophe in dem Sinne, dass sie im Diskurs der Medien ständig präsent wären (auch nicht in den Medien, die der Regierung gegenüber unfreundlich eingestellt sind), aber es ist überhaupt nicht ausgemacht, dass sie nicht noch Probleme nach sich ziehen werden. Diese können in der Phase der endgültigen Auflösung der Mittelschulen (*gimnazjum*) auftreten, was genau vor den Parlamentswahlen im Jahr 2019 stattfinden soll. Es

ist dies eine Quelle gesellschaftlicher Spannungen, die zu einer ähnlich geballten Abneigung führen kann, wie sie einst nach jahrelangen stabilen Umfragewerten zur Niederlage der Regierung von *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) geführt hat.

Die Strömung der Revanche, das heißt die Übernahme der bestehenden Institutionen, tritt am deutlichsten beim öffentlichen Fernsehen zutage. Das Fernsehen wird komplett von heißen, sich offen bekennenden Anhängern des Regierungslagers dominiert. Absolut eindeutig und in Abkehr von jeglichen Standards des Anstands ist das Fernsehen darauf ausgerichtet, die Politik der Regierung zu unterstützen und vor allem jegliche Opposition anzugreifen. Hierbei ergeben sich Probleme für diese Strömung. Sogar im Umfeld des Regierungsla-

gers selbst gibt es konstant und offen Zweifel daran, ob dies eine vernünftige Strategie sei. Ein Teil der gemäßigten *PiS*-Politiker betrachtet dies als eine Verletzung von Standards, einen Teil stört die peinliche Ästhetik, aber viele bewerten die Strategie kritisch wegen der zweifelhaften Wirkungen – gesellschaftliche Konflikte werden auf diese Weise angeheizt und gemäßigte Wähler sind schockiert. Gleichzeitig jedoch nimmt der härteste Kern der Wählerschaft und der Politiker des Regierungslagers mit Freude und Befriedigung die eindeutige Botschaft auf. Sie berauschen sich an diesen Momenten des zweifelhaften Triumphes, ohne sich zu überlegen, was die Konsequenzen in der Zukunft sein könnten.

Nicht so offensichtlich sind die Schwierigkeiten der Anhänger der Rebellion und der Revanche, bei der Angelegenheit des Verfassungstribunals Einigkeit zu finden. Einerseits wurde es vollständig pazifiziert, es wurde jedoch nicht liquidiert. Es wird in Gänze von Personen kontrolliert, die sich eindeutig mit der *PiS* identifizieren und dies manchmal, wie im Falle des verstorbenen Richters Lech Morawski, vollkommen offen kundtun. Die Institution selbst wurde nicht zerstört, aber jedweder Autorität beraubt. Sowohl für die Regierung als auch für die Opposition hörte das Verfassungstribunal auf, ein Bezugspunkt zu sein – noch nicht einmal mehr in dem Grad, wie es ein solcher für die *PiS* in den Jahren 2007 bis 2015 war, was kein gutes Omen für die Partei in der Zukunft ist. Denn das bedeutet, dass die *PiS* im Falle ihres Machtverlustes nicht auf einen solchen Schutz vonseiten des Verfassungstribunals zählen können, wie sie ihn einst als Oppositionspartei gegenüber den Aktivitäten der damaligen Parlamentsmehrheiten erhalten hatte, die sie als Verletzung ihrer Interessen wahrgenommen hatte (Beispiele wären hier das Verbot politischer Werbung oder zweitägiger Wahlen). Die *PiS* wird auch nicht damit rechnen können, dass die gegenwärtige personelle Zusammensetzung des Tribunals eine Veränderung der parlamentarischen Mehrheit überstehen würde. Schließlich hat die *PiS* selbst Muster geliefert, wie sich bisher angewandte Regeln verändern lassen, um Justizinstitutionen zu übernehmen, indem Lücken genutzt werden, die die Verfassung aus dem Jahre 1997 aufweist.

Die Strömungen der Rebellion und der Revanche erfuhren jedoch zwei Momente der Erschütterung, die zur Veränderung des Kräfteverhältnisses im Regierungslager beigetragen haben. Erstens war dies die Wiederwahl Donald Tusks in das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates im März 2017. Der Versuch, diese Wahl zu vereiteln, der die Folge der Logik der Rivalität im eigenen Land war, endete mit einer spektakulären Niederlage. So wie die fehlende Entschlossenheit auf der anderen Seite in dem leidenschaftlich ausgetra-

genen Konflikt des Regierungslagers über dessen Sieg in der Angelegenheit des Verfassungstribunals entschieden hatte, so wurde nun klar, dass die Europäische Union bzw. die anderen europäischen Staaten vollkommen abgehärtet gegenüber der Strategie der Konflikteskalation und der aufgeheizten Atmosphäre sind. Insgesamt führte dies zu der bislang deutlichsten Veränderung der Umfragewerte, es war ein Sprung für die *PO*, während die Zustimmung für die *PiS* sank. Deutlich wurde, dass der Wunsch nach Revanche allein nicht automatisch über den Erfolg des Handelns bestimmt. Zu ähnlichen Ergebnissen führt die Analyse der Ergebnisse der Nachwahlen auf der Selbstverwaltungsebene, die in den vergangenen beiden Jahren stattfanden: Der Vorsprung in den Umfragen und die Kontrolle aller zentralen Machtorgane schlägt sich keineswegs voraussagbar auf die Entscheidungen der Wähler nieder, wenn diese konkrete Personen vor Ort beurteilen.

Veränderung im Inneren der *PiS*

Des Weiteren stieß das Regierungslager in einem seiner Standardprojekte, der Justizreform, an eine Barriere in Person des Präsidenten. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, dass der Präsident als Machtzentrum außerhalb der Reichweite der direkten Koordination der *PiS*-Führung steht. Wenn er sich für eine andere Bewertung einer bestimmten Angelegenheit entscheidet (Veto), hat die parlamentarische Mehrheit keine Möglichkeiten, ihr Vorhaben zu forcieren. Abgesehen von der Reform des Gerichtswesens wurde dies bei dem weniger laut herausgestellten, doch nicht unbedingt weniger wichtigen Gesetz über die Regionalen Rechnungshöfe deutlich, das eine reale Bedrohung für die Unabhängigkeit der Selbstverwaltung in Polen darstellte. Es war das erste Veto, das der Präsident einlegte, und eine Angelegenheit, die das Regierungslager nicht wieder aufnahm; dieser Pfad wurde vollständig verworfen. Das Veto bei den Gesetzen über das Gerichtswesen schuf ein neues Machtverhältnis. Bereits Anfang Herbst bezeichnete sich der Präsident eindeutig als Vertreter der »gemäßigten Strömung« in der *PiS*. Als er die Erfolge der Regierung nannte, auf die er stolz sei, übergang er eine Reihe von Bereichen, die anderwärtig Schlüsselbedeutung für das Machtlager haben, als da wären die Außenpolitik, die Reform der Armee, Aktivitäten im Bereich des Umweltschutzes, die Angelegenheit des Verfassungstribunals und die Reform des Bildungswesens. Es ist kein Zufall, dass bei der Regierungsumbildung die Ressortchefs des Außen-, Verteidigungs- und Umweltministeriums verabschiedet wurden. Dies scheint darauf hinzuweisen, dass sich die Überzeugung von der vollkommen neuen politischen Wirklichkeit, die die ersten beiden Jahre dieser Regierung dominierte, erschöpft

hat. Die Überzeugung, dass die Attacken der Opposition kein Hindernis für die Umsetzung der Politik sind (vielmehr ein Verdienst, das den harten Wählern erfreut), kann nicht mehr länger verteidigt werden. Trotz hoher Umfragewerte und eines großen Abstands zur Opposition wird eine ganze Reihe von Angelegenheiten als große Belastung wahrgenommen. Daher wurden im Zuge der Regierungsumbildung der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Umweltminister ihres Amtes enthoben, trotz sehr deutlicher Spannungen, die dadurch in Teilen der *PiS*-Wählerschaft hervorgerufen werden.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt der Verlauf der Ereignisse um das Abtreibungsgesetz. Die Proteste im Jahr 2016 machten der republikanischen Strömung bereits deutlich, dass das Gefühl, bei der Entscheidung bestimmter weltanschaulicher Angelegenheiten im Recht zu sein, nicht ausreicht, wenn eine breite Mobilisierung der Gegner der betreffenden Änderung möglich ist und sich jene nicht in die Schublade »oppositionelle Hysterie« stecken lässt, weil reale gesellschaftliche Emotionen hinter ihr stehen.

Es scheint, dass das endgültige Ergebnis der Regierungsumbildung ein Signal für das gesamte Regierungslager ist, das da lautet: Die elementaren Regeln der Politik wurden keineswegs aufgehoben. Die unnötige Vermehrung von Feinden sollte die regierende Partei vermeiden. In diesem Sinne erwies sich die republikanische Strömung, die bisher im Schatten der beiden anderen Strömungen geblieben war und von diesen eliminiert oder zumindest stark angezweifelt zu werden drohte, als Hauptgewinner der Regierungsumbildung. Deren Verlauf war allerdings vor allem mit einer persönlichen Dynamik im Regierungslager selbst verknüpft.

Personalien und Alternativen

Der Wechsel auf dem Posten der Ministerpräsidentin, die in den Umfragen zum Vertrauen zu Politikern nur dem Präsidenten den Vortritt ließ, sieht kurios aus in der Situation, dass die regierende Partei den Populärkeitsrekord hält. Umso mehr als Ministerpräsidentin Beata Szydło es schaffte, nicht nur die Sympathie und Unterstützung der Mehrheit der Wähler zu gewinnen, sondern auch sehr vieler Politiker der zweiten Reihe in der eigenen Partei. Allerdings wurde ihre Bedeutung im Führungskreis systematisch schwächer. Dies war vor allem eine Folge des Handelns von *PiS*-Partei-*chef* Jarosław Kaczyński, der ihre Position konsequent unterminierte und ihr keine Chancen einräumte, ihr Potential zu entwickeln. Dieses Potential war in der Tat nicht überwältigend, aber es gestattete besagte unstrittige Leistungen. In den Beziehungen mit der unmittelbaren Umgebung wurde es allerdings vollkommen

aufgebraucht und erlaubte ihr nicht, sich im Amt zu halten. Das führte zu der gewissermaßen erzwungenen Situation des Wechsels im Amt des Ministerpräsidenten.

Für viele *PiS*-Akteure war Jarosław Kaczyński der natürliche Kandidat für dieses Amt. Ihm war allerdings ganz klar, dass er an der Spitze der Regierung für das gesamte Lager eine Belastung bedeuten würde. Die Tatsache, dass er seine Partei zwei Mal in die Niederlage, während Beata Szydło sie einmal zum Sieg geführt hat, lässt sich kaum als Indikator für eine persönliche Barriere anzweifeln. Dies verengte das Feld des Personalmanövers und führte dazu, dass Kaczyński seine ganz Autorität in die Waagschale warf, um die Partei von der Kandidatur Mateusz Morawieckis zu überzeugen. Der neue Ministerpräsident wird aufgrund seiner Biographie und seines Kommunikationsstils von einem beträchtlichen Teil der Partei als Fremdkörper betrachtet. Es erleichtert seine Situation nicht, dass er sich erst nach den Wahlen dem Regierungslager angeschlossen hat. Seine Ansichten in gesellschaftlichen Fragen scheinen sich hervorragend in die Hauptströmung der *PiS* einzufügen, doch bei ökonomischen Themen können sein Handlungsstil oder seine Vorstellungen von der Bedeutung bestimmter Projekte in Zukunft Spannungen verursachen.

Beata Szydło zeigte eine enorme Loyalität gegenüber ihrer Partei und ihre Position war so stark, dass sie ihren Verbleib in der Regierung erkämpfte. Die Folge dieser ganzen Operation war, dass die Umfragewerte für die *PiS* nicht nur nicht fielen, sondern auf einen bisher einmaligen Vorsprung vor der Opposition stiegen. Es ist allerdings anzunehmen, dass dieser Zustand nicht ewig anhalten wird, und wenn bereits im Frühjahr die Zustimmung zurückgehen würde, könnten Vermutungen auftauchen, dass dies mit dem Wechsel des Ministerpräsidenten und der Degradierung Beata Szydłos zu tun haben könnte. Eine Folge ist aber auch, dass die innere Dynamik im Regierungslager zurzeit Dreh- und Angelpunkt für die politische Situation im Land ist.

Der Vorsprung in den Meinungsumfragen ist zwar eine unstrittige Tatsache, doch ist ein wenig Distanz ihr gegenüber noch aus einem weiteren Grund angebracht. Ein Teil der Entscheidungen, die die Regierungskoalition getroffen hat, beispielsweise das Familienförderprogramm »500 plus« als wichtiger Sozialtransfer oder die Senkung des Renteneintrittsalters, zeitigt sofortige Wirkungen. Ein Instrument, Unterstützung aufzubauen, ist also, die Überzeugung zu überwinden, dass sich nichts ändern lasse. Schlüsselbedeutung hat vermutlich jedoch das Versprechen, dass viele der Aktivitäten der Regierung in den letzten beiden Jahren auch in der Zukunft positive Veränderungen in Problembereichen nach sich ziehen werden. Die Einlösung der versprochenen Verbesserungen ist nicht so selbstverständlich und einfach, ob es

nun um Morawieckis Wirtschaftsplan, die Optimierung des Bildungswesens, der Gerichte oder des Gesundheitswesens geht. Dass die Politiker des Regierungslagers an etwas glauben, heißt noch nicht, dass die geplanten Veränderungen die gewünschten Folgen nach sich ziehen werden. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigen, dass zum Beispiel die Funktionstüchtigkeit der Staatsanwaltschaft keineswegs gestiegen ist, nachdem sie erneut dem Justizminister untergeordnet wurde; vielmehr wurde der Vorwurf lauter, dass sie der regierenden Partei zur politischen Verfügung stehe.

Die Schwäche der Opposition ist wiederum unter anderem auf die Spezifik eines Teils ihrer gesellschaftlichen Unterstützer zurückzuführen. Eine Ursache der Erfolge von *PiS* sind Programme, die denjenigen Teil der Gesellschaft wertschätzen, der bisher das Gefühl hatte, ausgeschlossen zu sein, und über die Jahre Abneigung und Bitterkeit entwickelte, die manches Mal überaus irrational geäußert wurden. Der Wahlsieg im Jahr 2015 stellte diesen Teil der Wählerschaft zufrieden, was allerdings die bisherigen Spannungen nicht aufhob, sondern noch verstärkte. Der Sieg selbst, wenn er auch zahlenmäßig nicht überragend war, schuf die Gelegenheit, das Gefühl der moralischen Überlegenheit auszudrücken und sich als Sprecher der gesamten Nation darzustellen. Dies führte wiederum zu Reaktionen der Gegner, die von vielen als beleidigend empfunden wurden. Dergleichen inadäquate Reaktionen der Anhänger der Opposition bestätigen die Narration des Siegerlagers, dass die Opposition sogar die Reformen zurückziehen will, die von der überwältigenden Mehrheit positiv beurteilt werden.

Die Prüfung im Herbst

Zu einer bedeutsamen Prüfung für die Regierungspartei werden die Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene (die Regional- und Lokalwahlen), die gleichzeitig durchgeführt werden. Dies ist aus verschiedenen, sich gegenseitig verstärkenden Gründen ein sehr spezifisches Thema in Polen. Erstens fallen die Ergebnisse für die größten gesamtpolnischen Parteien in den Selbstverwaltungswahlen deutlich schwächer aus als in den Wahlen auf Landesebene aus. Die landesweit agierenden Parteien sind zwar auf der regionalen Ebene präsent und dominierten im Prinzip alle der vergangenen Wahlen. Jedoch ist hier die Polarisierung der politischen Bühne deutlich geringer, was zu Lasten der größten Parteien geht. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil in den Parlamentswahlen der polarisierende Faktor der Kampf um die Regierung in Warschau ist. Wenn dieser fehlt, bringt ein Teil der Wähler seine Zweifel zum Ausdruck, indem er für die kleineren Parteien stimmt. Hinzu kommt ein teilweise anderes Profil der Wählerschaft. Ein Teil derer, die bei den Sejmwahlen ihre Stimme abgeben, nimmt

nicht an den Selbstverwaltungswahlen teil. Dies betrifft vor allem Großstadteinwohner, wo die Unterstützung für die beiden größten Parteien (*PiS* und *PO*) bedeutend höher ist als in den übrigen Landesteilen. An ihre Stelle treten allerdings zirka 2 Millionen neue Wähler, die vor allem in den Lokalwahlen ihre Stimme abgeben. Dies betrifft vor allem die Einwohner der ländlichen Gebiete.

Die Wähler erhalten gleichzeitig die Stimmzettel für die Regionalwahlen. Ein Teil gibt ungültige (leere) Stimmzettel ab, ein Teil trifft seine Wahl nach dem Losverfahren und ein Teil stimmt für die bekanntesten lokalen Kandidaten. Hierbei tritt der Vorsprung der kleineren Parteien zutage, insbesondere der Bauernpartei *PSL*. Sie ist in den Gebieten, wo die Mobilisierung für die Selbstverwaltungswahlen groß ist, stark verwurzelt. Sie wird mit diesen Regionen identifiziert und hat dort mehr und deutlicher unterscheidbare Kandidaten. Alle diese Vorteile wurden in den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2014 zusätzlich durch die nicht durchdachte Gestaltung der Stimmzettel verstärkt. Sie bescherte der *PSL* zirka 6 Prozent zusätzlicher Unterstützung und führte unter den Aktivisten und sogar den führenden Köpfen der *PiS* zur Überzeugung, dass die Wahlen gefälscht worden seien. Diese These ließ sich allerdings in Einzeluntersuchungen nicht verifizieren. Sie bleibt jedoch eine Konstante im Narrativ der *PiS*-Politiker und erschwert ihnen übrigens, sich rational auf die Wahlen vorzubereiten.

Auf lokaler Ebene, wo die Woiwoden, Bürgermeister und Stadtpräsidenten direkt gewählt werden, nehmen lokale Parteien und Gruppierungen eine dominierende Position ein. Häufig kommt es zu Koalitionen aus Sejmparteien, die ihre Identität verbergen, um es sich nicht mit den Wählern zu verderben, die bei den Landeswahlen gegen sie stimmen würden. In ungefähr der Hälfte des Landes, gemessen an der Einwohnerzahl, gewinnen Kandidaten ohne eindeutige Verbindungen zu den im Sejm vertretenen Parteien. Im übrigen Teil des Landes sind es Personen, die entweder direkt unter dem Schild einer überregional existierenden Partei antreten oder die ihre Sympathien und Verbindungen öffentlich machen und gleichzeitig auch bei den Regionalwahlen von der Liste einer im Sejm vertretenen Partei starten.

Ein weiterer Faktor ist, dass die *PiS* nur über beschränkte Koalitionsfähigkeiten verfügt. Insbesondere wird dies auf der Ebene der Woiwodschaftsparlamente (*sejmik*) sichtbar, wo sie nur da in der Lage ist, die politische Verantwortung zu übernehmen ist, wo sie eine eigene Mehrheit hat. Dies gelang ihr bisher höchstens in einer von 16 Woiwodschaften, die ihr Rückzugsraum ist. Natürlich versucht die *PiS* auch, die Strukturen ihres politischen Klientelismus auszubauen, indem sie ihre Ressourcen nutzt. Dies ist allerdings keine leichte

Aufgabe in der Situation großer gesellschaftlicher Spannungen, aber auch organisatorischer Schwächen (insbesondere was das Parteipersonal betrifft) auf lokaler Ebene. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass, sogar wenn *PiS*-Politiker auf lokaler Ebene Machtpositionen besetzen, sie größere Probleme als andere Parteien haben, diese zu halten. So sehr sie mit Leichtigkeit die gesellschaftliche Unzufriedenheit gegenüber aktuell Regierenden mobilisieren, so bereitet es ihnen doch große Probleme, diese abzubauen, wenn sie selbst an der Macht sind. Daher ist die regierende Partei skeptisch gegenüber der Idee der Selbstverwaltung und versucht, auch gerade in den letzten zwei Jahren, deren Kompetenzen einzuschränken. Dies beschert der *PiS* keine neuen Anhänger, vor allem nicht unter den Aktivisten auf der lokalen Ebene, die von der Idee der Selbstverwaltung und der völligen Unabhängigkeit von der Zentralregierung überzeugt sind. Ein Ausdruck jener skeptischen Einstellung waren Versuche im Herbst 2017, das Wahlsystem zu ändern. Dies rief viele hitzige Diskussionen hervor, und heute sind nur zwei Sachen sicher: Erstens war entgegen der Panik und dem Pessimismus der Opposition und der gegenüber der Regierung negativ eingestellten Publizisten das manipulative Potential der verkündeten Änderungen sehr gering, wenn es auch tatsächlich vorhanden war. Zweitens distanzierte sich das Regierungslager nach den ersten Reaktionen von den meisten Vorschlägen und im Grunde von allen, bei denen man eine potentielle Beeinflussung des Wahlergebnisses hätte herauslesen können.

Die Selbstverwaltungswahlen können also den Schwung der *PiS* und die Überzeugung von der eigenen Dominanz schwächen, insbesondere da die Mehrheit der zurzeit Regierenden der *PiS* eher abgeneigt ist. Der Anteil der *PiS* unter ihnen ist deutlich kleiner als das allgemeine Niveau der Unterstützung, insbesondere in den letzten Umfragen. Außerdem hat es sich die *PiS* mit einem wesentlichen Teil der politischen Führung der Selbstverwaltungen verdorben, weil sie beschlossen hat, deren Amtszeit auf zwei Wahlperioden zu beschränken. Zwar wird das Gesetz dazu erst in zehn Jahren vollständig in Kraft getreten sein, aber die negative Stimmung der lokalen politischen Elite ist jetzt schon spürbar.

Andererseits begünstigt das aktuelle Wahlsystem der Woiwodschaftslandtage eindeutig die großen Parteien, was für das gesamte Parteiensystem eine ernstzunehmende Prüfung darstellt. Insbesondere baut es für die kleineren Gruppierungen mit einer Unterstützung von weniger als zehn Prozent eine Barriere auf, wohingegen sie in den Parlamentswahlen auf Landesebene mit einer wesentlichen Belohnung in Form von Mandaten rechnen könnten. In den Wahlen zu den Woiwodschaftslandtagen müssen sie dagegen damit rechnen, dass ihre

Mandatszahl sehr gering ausfällt oder sie sogar leer ausgehen, da die gesetzte Prozhürde so hoch ist. Dies sorgt für das sehr starke Gefühl der Opposition für die Notwendigkeit, die politische Szene zu integrieren.

Die Strukturierung der Opposition

Nach Meinung ihrer Gegner ist die *PiS* ein einheitlicher Block. Diese Behauptung stimmt allerdings nicht und viele Untersuchungen und konkrete Vorgänge weisen auf wesentliche interne Spannungen hin. Diese sind allerdings deutlich kleiner als auf Seiten der Opposition. Aufgrund des Handelns der Regierung ziehen sie zahlreiche Appelle zur Einigung der Opposition nach sich. Allerdings scheint hier die Bildung einer Gesamtgruppierung angesichts des so breiten ideologischen Spektrums sehr zweifelhaft. Als die *PiS* im Jahr 2007 abgewählt wurde, haben die anderen politischen Kräfte keine vereinigte Gruppierung gebildet. Der symbolische Sieger war die *PO*, aber es bestand weder das Bedürfnis noch die Möglichkeit, alle *PiS*-Gegner zu vereinen. Neben der Mitte-Rechts-Partei *PO* war auch noch Platz für die Liste der Linken und die andere Mitte-Rechts-Partei *PSL*. Diese gründet ihre Stärke auf ihre Verwurzelung in der Landbevölkerung und auf der Schaffung eines Milieus, dass die *PiS* trotz zahlreicher Versuche nicht in der Lage war zu besetzen, zu dominieren oder zu zerschlagen.

Zurzeit gibt es auf der politischen Bühne mindestens fünf Akteure, die sich in eindeutiger Opposition zur *PiS* befinden. Diese Anzahl ist mit Blick auf die vom aktuellen Wahlsystem diktierte Zweckmäßigkeit entschieden zu groß. Im Falle der *PSL* kann eine Vereinigung mit einer anderen Gruppierung stark bezweifelt werden. Im Falle der anderen Akteure – der *PO* und *Die Moderne* (*Nowoczesna*), die laut Meinungsumfragen die Oppositionsparteien anführen, sowie der *Demokratischen Linken* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) als alte postkommunistische Linke, die nicht mehr im Landesparlament vertreten ist, genauso wie der neuen linken Partei *Gemeinsam* (*Razem*) – sind solche Möglichkeiten deutlich realistischer. Dennoch gibt es auf die Frage, welche Verbindung eingegangen werden könnte und ob eine oder zwei Gruppierungen gebildet werden, keine einfache Antwort und sie scheint sich noch nicht einmal am Horizont abzuzeichnen. So bedeuten die allgemeinen Erklärungen über eine gegenseitige Unterstützung und die Notwendigkeit sich zu vereinen keineswegs, dass dies auch eintreten wird. Es ist schwer, eine Idee zu installieren, unter der sich alle Wähler sammeln können. Möglicherweise erschweren auch die persönlichen Schwächen der Parteiführer der Opposition eine Vereinigung. In der Partei *Die Moderne* beispielsweise führten Konflikte in diesem Bereich zu einer ersten Krise und zum Wechsel in der Führung.

Eine wichtige Frage ist die Rolle der oppositionellen *Kukiz' 15* Bewegung. Auch sie erlebt interne Krisen und kann in den Selbstverwaltungswahlen noch auf ein weiteres Problem stoßen. Die Antipartei-Karte, die diese Gruppierung ausspielt, wird bei den Selbstverwaltungswahlen ohnehin schon fleißig eingesetzt. Ihrer bedienen sich lokale Parteien und Politiker, die sich auf ihr Selbstverwaltungsethos berufen und sich bemühen, sich von den landesweiten Spaltungen abzusetzen, und zwar auch aus taktischen Überlegungen und um die untereinander zerstrittenen Wählerschaften nicht zu vergraulen. In den letzten Wahlen wurden mancherorts mit beachtlichem Erfolg regionale Wahllisten aufgestellt, die vielleicht nicht der dominierende, aber ein wichtiger Akteur in einem Teil der Regionen wurden. Ob solche Initiativen in den bevorstehenden Selbstverwaltungswahlen wieder auftreten und ob sie von entschlossenen Köpfen angeführt werden, ist eine der Schlüsselfragen dieses Jahres, denn hier wird sich entscheiden, wie sich letztlich die regionalen politischen Szenarien aufstellen werden. Das Auftreten solcher politischen Kräfte wird es ganz gewiss der dominierenden *PiS* erschweren, regionale Wahlsiege einzuholen. Gleichzeitig würde dies auch eine große Herausforderung für die anderen im Sejm vertretenen Parteien bedeuten und zu einer noch größeren Schwächung führen, was wiederum die gegenseitigen Beziehungen beeinflussen könnte und das Engagement der Aktivisten vor den kommenden Wahlen.

Es ist nicht klar, wie der Wechsel des Ministerpräsidenten, der Abzug der kontroversesten Regierungsmitglieder und der sicherlich symbolische Sieg der republikanischen Strömung innerhalb der *PiS* die Haltung der politisch Verantwortlichen auf der lokalen Ebene beeinflussen wird. Heute sieht es so aus, als würden die Spannungen, die im radikalen *PiS*-Flügel entstanden, nur schwelen. Solange die Umfragewerte der Partei sehr hoch bleiben, wird sich schwerlich ein wesentlicher Impuls für Spaltungen finden. Sollten allerdings im Frühjahr die Umfragewerte der Regierungspartei erschüttert werden, was bereits einige Male eintrat, dann kann die Suche nach den Schuldigen zu einer Explosion im Regierungslager selbst führen.

Denkbar ist auch das Szenario, dass die Regierungs-umbildung zur Beruhigung der gesellschaftlichen und politischen Konflikte in Polen führen wird sowie zur Verringerung der Spannungen, wenn die Regierungspartei

es bei den Schritten von symbolhaft wichtiger Bedeutung belassen würde, die sie bereits vollzogen hat, zum Beispiel der Reform der Gerichte und des Bildungswesens. So würde sie sich auf die praktische Umsetzung konzentrieren, was keineswegs so einfach sein muss, wie die Verabschiedung der betreffenden Gesetze. Dann kann es tatsächlich zur Verringerung der Spannungen auf der politischen Bühne kommen. Die weiteren Folgen eines solchen Szenario sind jedoch nicht so klar. In einer weniger hysterischen Situation, in der die Opposition ihren Kraftstoff des schlichten Widerspruchs verliert, wird sie mehr Kraft aufwenden müssen, eine in personeller und programmatischer Hinsicht reale Alternative gegenüber der Regierungspartei darzustellen.

Auf der anderen Seite kann es auch so kommen, dass sich die in der Opposition auftretenden Spannungen auf die regierende Partei übertragen werden. Eine Wende in Richtung Mäßigung würde nicht so glatt vonstattengehen, wie es gegenwärtig aussieht, und eine Desintegration würde auch diejenigen betreffen, die zurzeit die Umfragen anführen und von ihrem überwältigenden Vorsprung gegenüber der Konkurrenz überzeugt sind. Mit Sicherheit können unvorhersehbare neue Ereignisse Einfluss haben, aber auch die wirtschaftliche Lage oder nicht zuletzt internationale Entwicklungen wie zum Beispiel das Schicksal Donald Trumps oder die Strategie der Europäischen Union.

Auf alle Fälle wird das Jahr 2018 ein Jahr sein, in dem es zum ersten politischen Gefecht kommen wird, das den Wahlmarathon einleiten wird. Nach den Selbstverwaltungswahlen stehen im Frühjahr 2019 die Wahlen des Europäischen Parlaments an, im Herbst dann die Wahlen des polnischen Parlaments und im darauffolgenden Jahr die Präsidentenwahlen. Das Ergebnis der nun bevorstehenden Wahlen muss nicht einmal ein Urteil über die Einstellung der Wähler darstellen, sondern über die Zusammenstellung, das Befinden und das Engagement wichtiger Akteure sowie über die Haltung der Medien, sowohl derer, die sich für eine bestimmte Seite einsetzen, als auch derer, die sich um Distanz bemühen. Deshalb ist das politische Gewicht, das der Wahlkampf und die bevorstehenden Selbstverwaltungswahlen haben werden, bedeutend höher als es bei Regional- und Lokalwahlen jemals der Fall war.

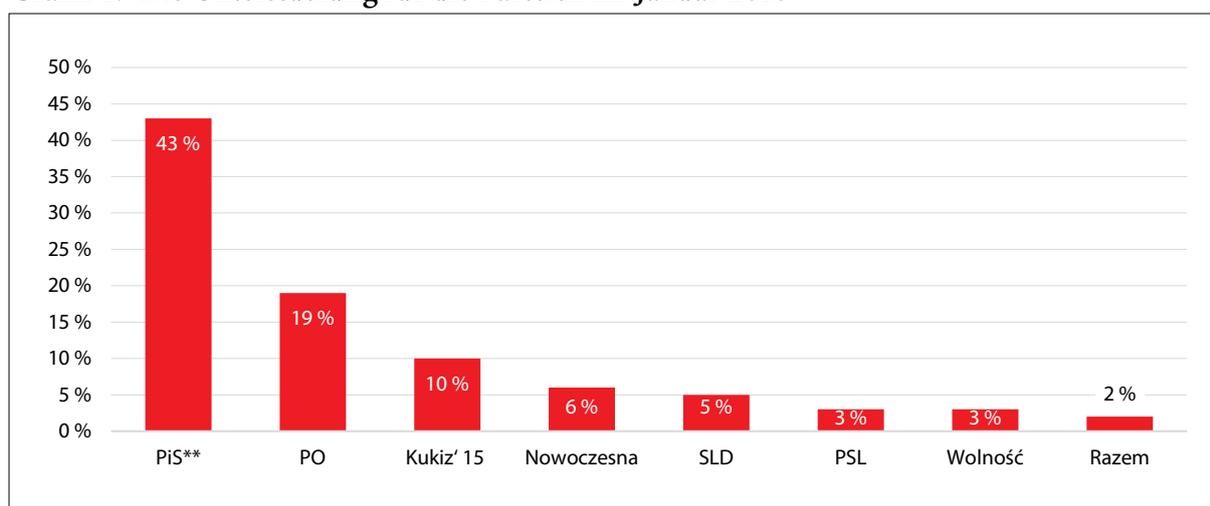
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. Jarosław Flis ist Soziologe am Institut für Journalistik, Medien und gesellschaftliche Kommunikation an der Jagiellonen Universität in Krakau (Uniwersytet Jagielloński, Kraków). Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation, Public Relations, Wahlen und gesellschaftliche Partizipation.

Unterstützung für die Parteien, Bewertung der Tätigkeit der Regierung und Zusammensetzung des neuen Kabinetts

Grafik 1: Die Unterstützung für die Parteien im Januar 2018*

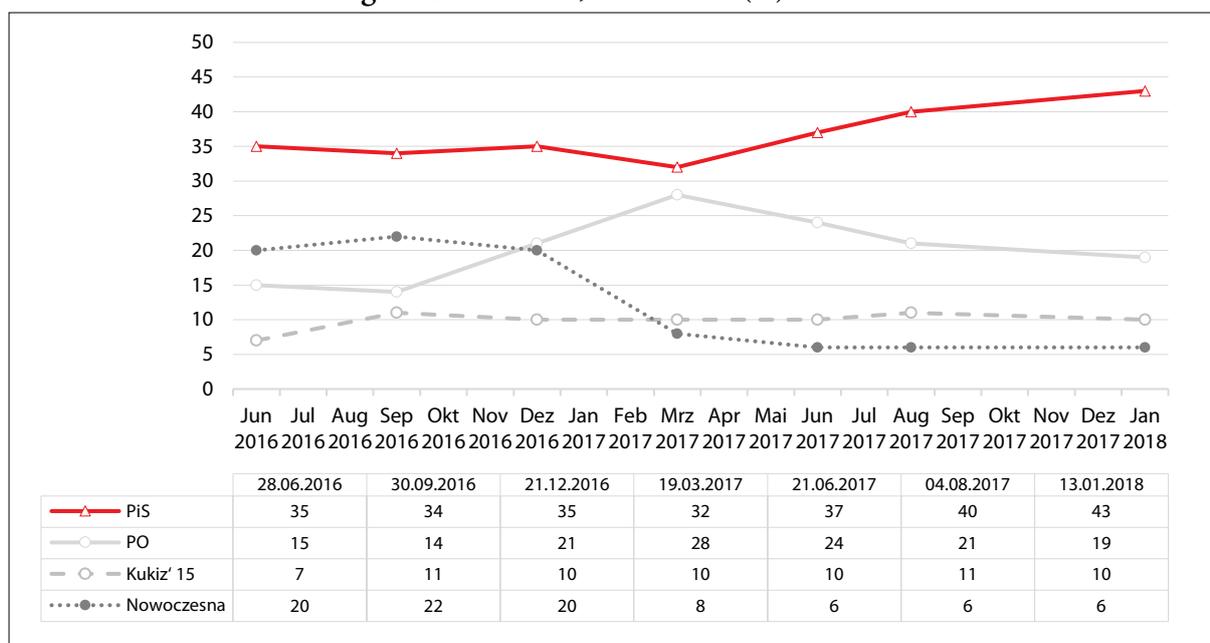


* PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Wolność – Freiheit; Razem - Gemeinsam

** Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen 2015: 37,6%

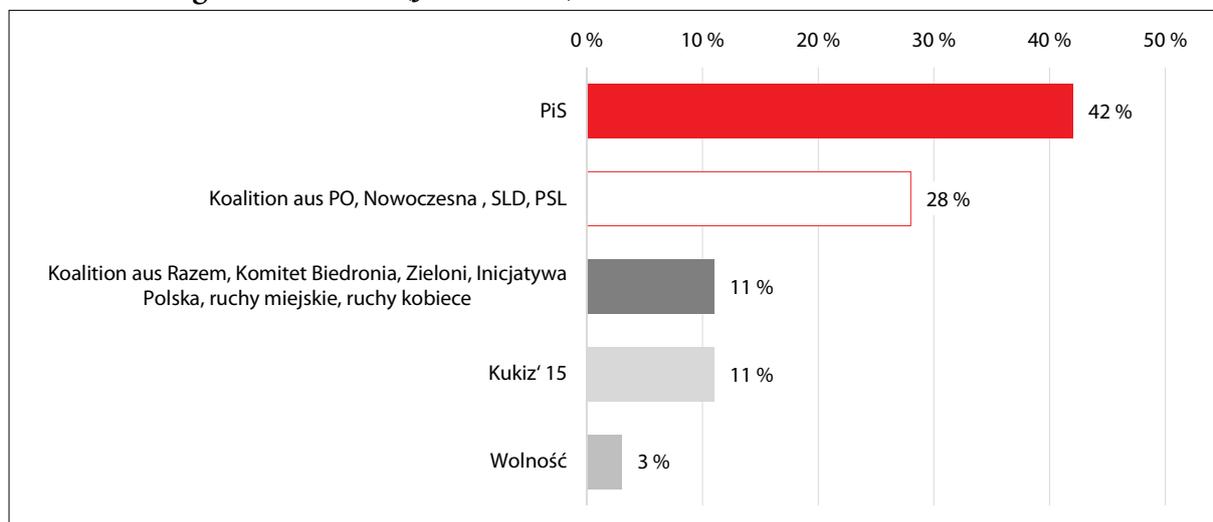
Quelle: <<https://oko.press/pis-43-procent-demokracja-rozsympce-a-gdyby-inaczej-lewicowa-alternatywa-biedroniem-zgarnia-11-proc-zmienia-uklad-sil/>> (abgerufen am 19.01.2018).

Grafik 2: Die Unterstützung für die Parteien, 2016–2018 (%)*



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne
Quelle: <<https://oko.press/pis-43-procent-demokracja-rozsympce-a-gdyby-inaczej-lewicowa-alternatywa-biedroniem-zgarnia-11-proc-zmienia-uklad-sil/>> (abgerufen am 19.01.2018).

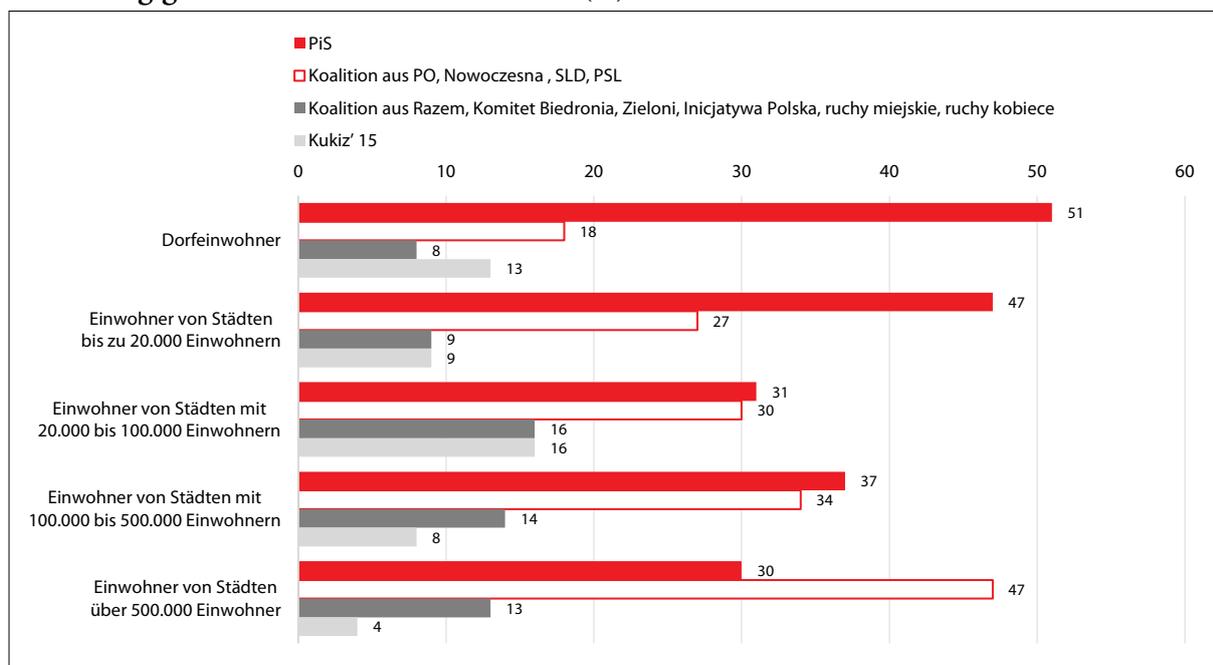
Grafik 3: Politische Fiktion: Die Unterstützung der Wähler unter der Annahme, dass Koalitionen gebildet werden (Januar 2018)*



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Razem – Gemeinsam; Komitet Biedronia – Komitee von [Robert] Biedroń; Zieloni – Die Grünen; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; ruchy miejskie = Stadtbewegungen; ruchy kobiece = Frauenbewegungen

Quelle: IPSOS für OKO.press, <<https://oko.press/pis-43-procent-demokracja-rozsypce-a-gdyby-inaczej-lewicowa-alternatywa-biedroniem-zgarnia-11-proc-zmienia-uklad-sil/>> (abgerufen am 19.01.2018).

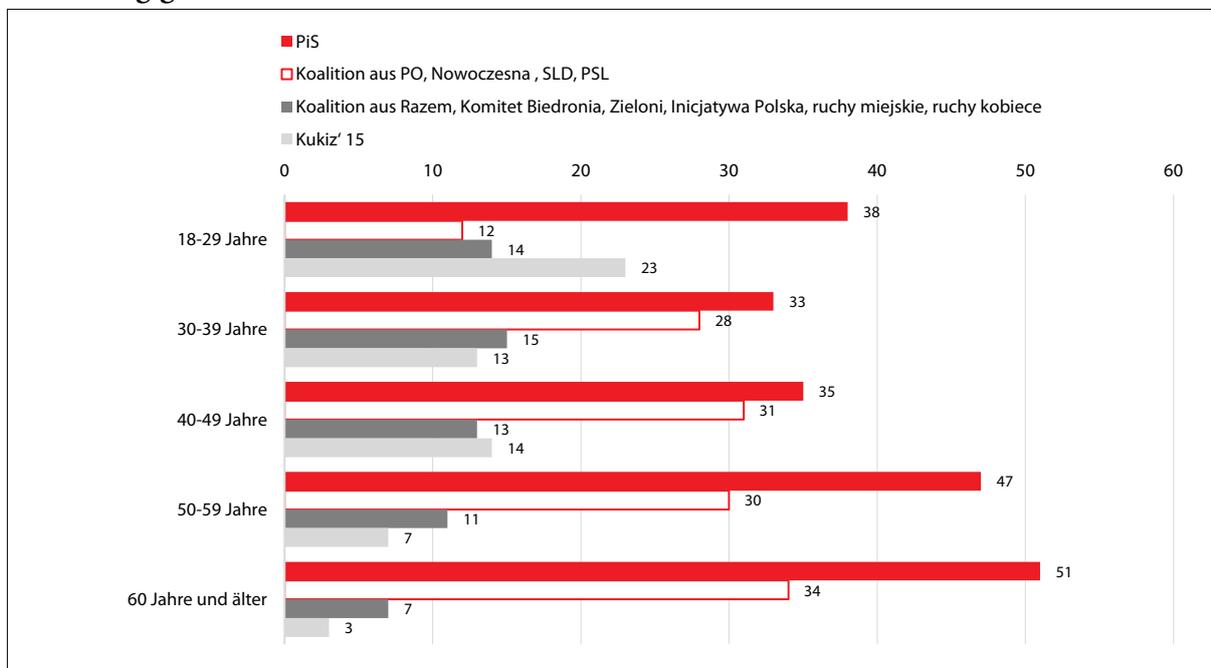
Grafik 4: Die Unterstützung für PiS, Kukiz' 15 und zwei hypothetische Koalitionen in Abhängigkeit vom Wohnort des Wählers (%)*



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Razem – Gemeinsam; Komitet Biedronia – Komitee von [Robert] Biedroń; Zieloni – Die Grünen; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; ruchy miejskie = Stadtbewegungen; ruchy kobiece = Frauenbewegungen

Quelle: <<https://oko.press/pis-43-procent-demokracja-rozsypce-a-gdyby-inaczej-lewicowa-alternatywa-biedroniem-zgarnia-11-proc-zmienia-uklad-sil/>> (abgerufen am 19.01.2018).

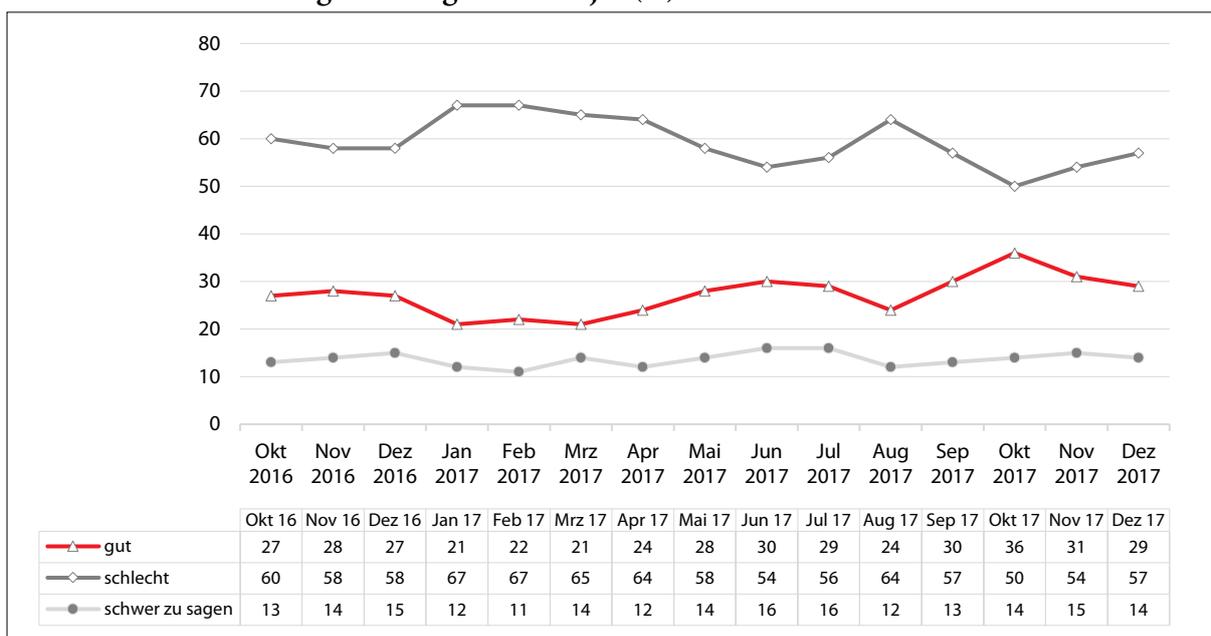
Grafik 5: Die Unterstützung für PiS, Kukiz' 15 und zwei hypothetische Koalitionen in Abhängigkeit vom Alter der Wähler (%)*



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Razem – Gemeinsam; Komitet Biedronia – Komitee von [Robert] Biedroń; Zieloni – Die Grünen; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; ruchy miejskie = Stadtbewegungen; ruchy kobiece = Frauenbewegungen

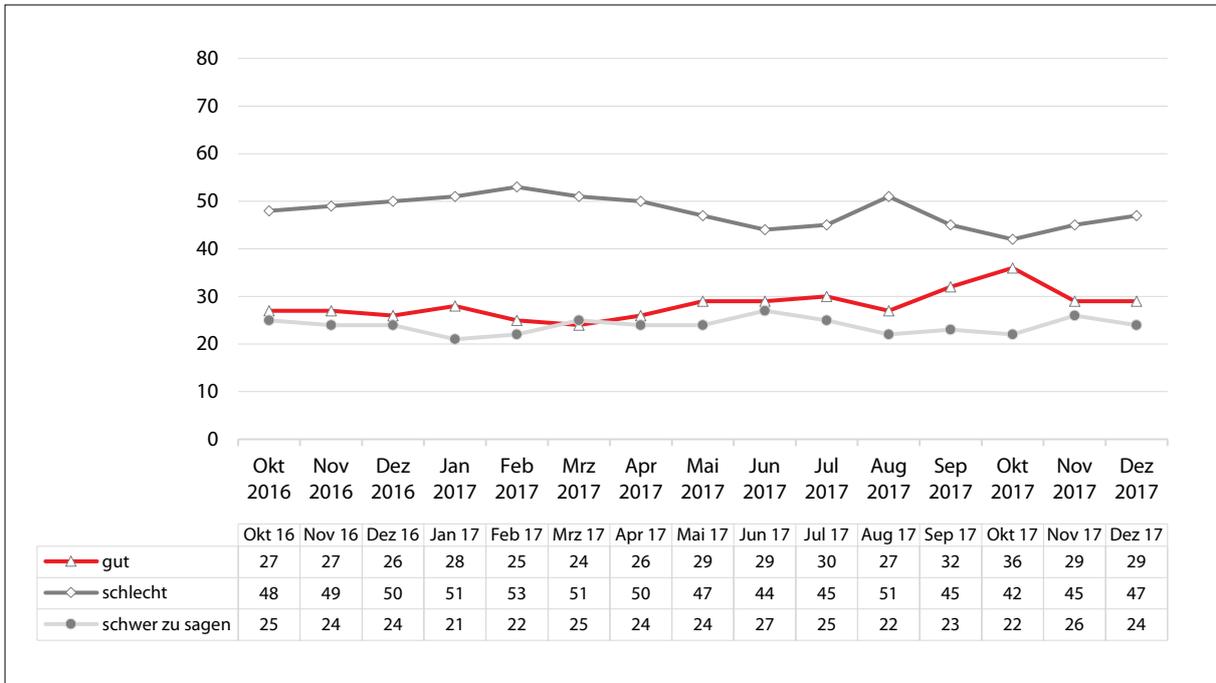
Quelle: <<https://oko.press/pis-43-procent-demokracja-rozsypana-gdyby-inaczej-lewicowa-alternatywa-biedroniem-zgarnia-11-proc-zmienia-uklad-sil/>> (abgerufen am 19.01.2018).

Grafik 6: Die Bewertung der Tätigkeit des Sejm (%)



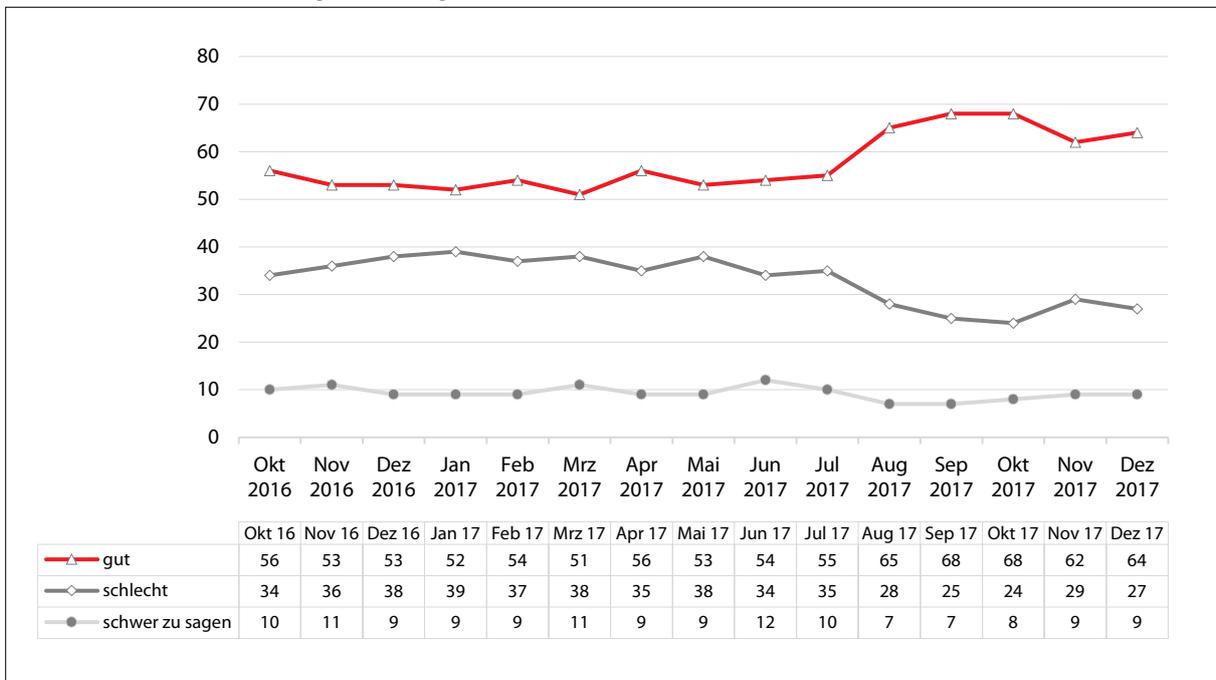
Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 165/2017: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zu den Tätigkeiten des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 12/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 7: Die Bewertung der Tätigkeit des Senats (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 165/2017: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zu den Tätigkeiten des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 12/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 8: Die Bewertung der Tätigkeit des Präsidenten (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 165/2017: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zu den Tätigkeiten des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 12/2017. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Vertrauen in Politiker vor dem Wechsel des Ministerpräsidenten (%)

	Vertrauen	Gleichgültigkeit	Misstrauen	schwer zu sagen/keine Antwort	unbekannt
Andrzej Duda (Präsident)	74	8	16	2	0
Beata Szydło (Ministerpräsidentin)	56	12	30	2	0
Paweł Kukiz (Verbands- und Fraktionsvorsitzender von Kukiz' 15)	49	21	22	4	4
Mateusz Morawiecki (Finanz- und Wirtschaftsminister)	47	15	15	5	19
Zbigniew Ziobro (Justizminister)	41	14	39	3	2
Jarosław Kaczyński (Parteivorsitzender der PiS*)	38	10	49	2	0
Elżbieta Rafalska (Ministerin für Arbeit, Familie und Sozialpolitik)	37	13	13	4	33
Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen)	34	22	25	4	15
Mariusz Błaszczak (Innenminister)	34	13	31	5	17
Władysław Kosiniak-Kamysz (Parteivorsitzender der PSL*)	31	16	14	4	35
Katarzyna Lubnauer (Parteivorsitzende von Nowoczesna*)	29	14	18	3	36
Piotr Gliński (Minister für Kultur und Nationales Erbe)	28	14	21	4	33
Witold Waszczykowski (Außenminister)	27	14	29	4	26
Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister)	25	11	57	3	4
Stanisław Karczewski (Senatsmarschall)	23	12	18	4	43
Marek Kuchciński (Sejmarschall)	23	14	22	4	37
Kamila Gasiuk-Pihowicz (Nowoczesna*)	22	9	16	3	50
Konstanty Radziwiłł (Gesundheitsminister)	22	15	28	3	32

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Vertrauen in Politiker vor dem Wechsel des Ministerpräsidenten (%) (Fortsetzung)

	Vertrauen	Gleichgültigkeit	Misstrauen	schwer zu sagen/keine Antwort	unbekannt
Grzegorz Schetyna (Parteivorsitzender der PO*)	21	20	48	4	7
Ryszard Petru (Mitbegründer von Nowoczesna*)	18	20	45	3	13
Włodzimierz Czarzasty (Parteivorsitzender der SLD*)	14	18	21	6	41

*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Nowoczesna – Die Moderne; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 165/2017: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zu den Tätigkeiten des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 12/2017. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Das Kabinett von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Stand: Januar 2018

Mateusz Morawiecki	Ministerpräsident
Beata Szydło	Vizevorsitzende des Ministerrates
Piotr Gliński	Minister für Kultur und Nationales Erbe
Jarosław Gowin	Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen
Andrzej Adamczyk	Minister für Infrastruktur
Witold Bańka	Minister für Sport und Tourismus
Mariusz Błaszczak	Verteidigungsminister
Joachim Brudziński	Minister für Inneres und Verwaltung
Jacek Czaputowicz	Außenminister
Teresa Czerwińska	Finanzministerin
Jadwiga Emilewicz	Ministerin für Unternehmen und Technologie
Marek Gróbarczyk	Minister für Meereswirtschaft und Binnenschifffahrt
Krzysztof Jurgiel	Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums
Henryk Kowalczyk	Umweltminister
Jerzy Kwieciński	Minister für Investitionen und Entwicklung
Elżbieta Rafańska	Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik
Łukasz Szumowski	Gesundheitsminister
Krzysztof Tchórzewski	Energieminister
Anna Zalewska	Ministerin für nationale Bildung
Zbigniew Ziobro	Justizminister
Mariusz Kamiński	Minister, Mitglied des Ministerrats, Koordinator der Sonderdienste
Beata Kempa	Ministerin, Mitglied des Ministerrats

Quelle: <<https://premier.gov.pl/ludzie.html>> (abgerufen am 19.01.2018).

12. Dezember 2017 – 22. Januar 2018

12.12.2017	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der am Vortag von Präsident Andrzej Duda vereidigt wurde, setzt in seinem Exposé auf die Fortsetzung der bisherigen Politik von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die Bekämpfung der Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Missstände im Gesundheitswesen werde fortgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf dem Ausbau der Infrastruktur mit dem Ziel, Polen zum logistischen Zentrum Europas zu machen. In der anschließenden Abstimmung sprechen Morawiecki 243 Abgeordnete ihr Vertrauen aus, 192 stimmen dagegen, es gibt keine Enthaltungen.
13.12.2017	Nach seinem Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in Charkiw mahnt Präsident Andrzej Duda auf einer Pressekonferenz, dass die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wissenschaftlich fundiert sein müsse und nicht zur Geschichtsfälschung eingesetzt werden dürfe.
14.12.2017	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt auf der Pressekonferenz vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, dass die Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) eine geschlossene Haltung zur Flüchtlingspolitik einnehme, diese dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und dem italienischen Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni dargestellt habe und auf positive Resonanz gestoßen sei. Er unterstreicht, dass Polen Menschen in Kriegsgebieten helfen wolle, um Fluchtbewegungen zu verhindern. Er freue sich, dass Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, beginne, in dieser Angelegenheit eine ähnliche Perspektive wie Polen einzunehmen. Tusk hat in seinem Einladungsschreiben zum Gipfel die bisherige verpflichtende Umverteilung von Flüchtlingen auf die EU-Länder als »extrem spalterisch« und »ineffektiv« beschrieben.
14.12.2017	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterstreicht auf der Pressekonferenz vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, dass souveräne Staaten das Recht hätten, ihr Justizwesen zu reformieren. Die polnische Justiz sei die einzige Institution des Rechtsstaates, die sich selbst kontrolliere. Um diesen Zustand aufzuheben, habe die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Justizreform in Polen initiiert. Kritiker der Reform hingegen kritisieren, dass dadurch das Justizwesen politisch instrumentalisiert werde.
15.12.2017	Der Sejm verabschiedet Änderungen der Wahlordnung, die von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebracht worden waren. U. a. wird die Amtszeit der Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten auf zwei Wahlperioden beschränkt und die Briefwahl abgeschafft. Sieben der neun Mitglieder umfassenden Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) sollen künftig vom Sejm gewählt und nicht wie bisher mit Delegierten des Verfassungstribunals, des Obersten Verwaltungsgerichts und des Obersten Gerichts besetzt werden.
16.12.2017	Grzegorz Schetyna, Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), ruft auf der Tagung des PO-Landesrates (Rada Krajowa) dazu auf, ein gemeinsames Parteipräsidium der PO und der Partei Die Moderne (Nowoczesna) zu gründen und die Zusammenarbeit beider Parteien im Parlament und darüber hinaus sofort zu intensivieren. Die Parteivorsitzende von Die Moderne, Katarzyna Lubnauer, äußert gegenüber Journalisten, dass Die Moderne ihre eigene Identität habe und es wichtig sei, das eigene Programm und die eigenen Werte zu vertreten.
18.12.2017	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki dementiert Medienberichte, dass Polen die Frage der Gaspipeline Nord Stream 2 mit Reparationsforderungen Polens gegenüber Deutschland verknüpfen werde. Er bekräftigt, dass Polen die Pipeline zwischen Russland und Deutschland als Gefahr für die Energiesicherheit Mitteleuropas und insbesondere für die Stabilität der Ukraine betrachte. Unabhängig davon stehe die Frage der Reparationszahlungen auf der polnisch-deutschen Agenda.
19.12.2017	Nach öffentlichen Äußerungen von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy) veröffentlicht dieses eine Stellungnahme. Darin heißt es u. a., es entspreche nicht der Wahrheit, dass die Posten der Richter infolge der Verhandlungen am Runden Tisch 1989 mit postkommunistischen Richtern besetzt worden seien und dass die bisherige Vergabepaxis des Richteramtes sowie die Verteilung der zu beurteilenden Fälle auf die Richter auf Vetternwirtschaft und Korruption beruhen würden. Sollte der Ministerpräsident Kenntnis von Straftaten von Richter haben, sei er verpflichtet, die Strafverfolgungsbehörden zu informieren. Die Verbreitung falscher Behauptungen in der Öffentlichkeit und ausländischen Medien untergrüben die Autorität des Regierungschefs, würden dem Ansehen Polens schaden und Tausenden ehrlichen Richtern Unrecht tun.

20.12.2017	Die Europäische Kommission leitet gegen Polen ein Sanktionsverfahren nach Artikel 7.1 der EU-Verträge ein, an dessen Ende ein Stimmrechtsentzug stehen könnte. Hintergrund ist die Justizreform, die die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) durchführt. Jene stelle eine ernsthafte Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz dar, so der stellvertretende Kommissionspräsident Frans Timmermans. Die Europäische Kommission gibt Polen drei Monate Zeit, um die Empfehlungen der Kommission zur Gewährung der Rechtsstaatlichkeit in Polen umzusetzen.
20.12.2017	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet das Gesetz über den Landesgerichtsrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) und das Gesetz über das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy). Experten und die Opposition kritisieren die politische Kontrolle der Justiz durch die Gesetze.
21.12.2017	In Warschau finden unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der britischen Premierministerin Theresa May die zweiten polnisch-britischen Regierungskonsultationen statt. Thematisiert werden Fragen der Sicherheit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Rechtsstatus der in Großbritannien lebenden Polen im Zusammenhang mit dem Brexit. Unterzeichnet wird ein Vertrag über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit.
21.12.2017	Präsident Andrzej Duda stattet den im Rahmen der US-amerikanischen Militäroperation »Inherent Resolve« in Kuwait stationierten Soldaten der Polnischen Streitkräfte einen Besuch ab. Das Kontingent umfasst 147 Soldaten und drei Militärangestellte und wird im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat eingesetzt.
21.12.2017	Der Senat befürwortet die Wahlrechtsreform mit wenigen Änderungen. Dazu gehört, dass das Briefwahlrecht für Menschen mit Behinderungen bestehen bleibt. Ursprünglich war vorgesehen, das Recht auf Briefwahl komplett abzuschaffen.
27.12.2017	Medienberichten zufolge hat das Büro für Analysen des Sejm (Biuro Analiz Sejmowych) dem Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses zur Schätzung der Höhe von Reparationsforderungen gegenüber Deutschland, Arkadiusz Mularczyk (Prawo i Sprawiedliwość/PiS), einen Bericht übergeben, aus dem hervorgeht, dass für viele Länder Reparationszahlungen von Deutschland politisch und rechtlich noch nicht abgeschlossen seien. Polen überprüft aktuell die Möglichkeiten, Reparationsforderungen gegenüber Deutschland geltend zu machen.
27.12.2017	Auf einer Pressekonferenz zeigt sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über die von der Europäischen Kommission scharf verurteilte Justizreform in Polen dialogbereit. Polen wolle den europäischen Partnern die Notwendigkeit der Justizreform erklären, die sich aus den Fehlern und falschen Entwicklungen im bisherigen Justizsystem ergäbe. Er sei optimistisch, dass man sich so weit annähern werde, dass beide Seiten die Intentionen des anderen besser verstehen würden.
28.12.2017	Die Regierung verabschiedet ein Gesetzesprojekt für die Schaffung eines Forschungsnetzwerks, das vor allem Forschung und Entwicklung für die Realisierung der Wirtschafts- und Innovationspolitik der Regierung betreiben soll. Das »Łukasiewicz-Netzwerk« soll so verhindern, dass Forschungsprojekte von verschiedenen Forschungsinstituten parallel durchgeführt werden.
29.12.2017	Das Pressezentrum des Senats gibt bekannt, dass der Haushalt des Senats im kommenden Jahr 100 Mio. Zloty für Aktivitäten der Polonia bereitstellen wird.
31.12.2017	In seiner Neujahrsansprache geht Präsident Andrzej Duda auf den 100. Jahrestag der Erlangung der Unabhängigkeit Polens ein, der 2018 begangen wird. Das Jubiläum sei eine Gelegenheit, aufs Neue die Größe der eigenen Geschichte zu entdecken, um die nationale Identität und den Stolz über die außerordentlichen Taten vergangener Generationen zu stärken sowie eine Debatte über das Polen der Zukunft und die Gestalt der Bürgergesellschaft zu führen.
01.01.2018	In einem Fernsehinterview nennt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki als Hauptanliegen der Regierung für das Jahr 2018 die finanzielle und materielle Sicherheit der polnischen Familien, die Sicherheit im Land und an seinen Grenzen sowie die Reform des Gesundheitswesens.
03.01.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und sein ungarischer Amtskollege Viktor Orbán, thematisieren bei einem Treffen in Budapest Fragen der Migrationspolitik, der Zukunft der EU, der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und der wirtschaftlichen Beziehungen. Morawiecki unterstreicht Gemeinsamkeiten in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die beide Länder in der europäischen Politik geschlossen vertreten wollen. Angesichts der aktuellen Entwicklung, dass die Einheit der EU infrage gestellt wird, sprächen sich Polen und Ungarn für Europa und die europäischen Werte aus, die sie gemeinsam gestalten wollen, so Morawiecki.
05.01.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki verurteilt den vermutlich fremdenfeindlichen Angriff auf eine 14-jährige Schülerin türkischer Herkunft im Warschauer Stadtteil Ochota Mitte der Woche. Es gebe keinen Platz für Rassismus in Polen und es werde alles dafür getan werden, dass Polen für jeden ein sicheres Land sei.

07.01.2018	Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses zur Schätzung der Höhe von Reparationsforderungen gegenüber Deutschland, Arkadiusz Mularczyk (Prawo i Sprawiedliwość/PiS), teilt mit, dass er fünf Expertisen in Auftrag gegeben hat, die die erlittenen Verluste Polens beziffern sollen.
08.01.2018	Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, spricht sich in einem Interview mit der ARD dagegen aus, Polen im Streit um die Rechtsstaatlichkeit und die Flüchtlingspolitik EU-Fördergelder zu kürzen. Man dürfe den Mitteleuropäern nicht den Eindruck vermitteln, dass nur Westeuropa in der EU führen würde.
09.01.2018	Präsident Andrzej Duda vereidigt die neuen Minister der Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Auf neun Ministerposten finden Wechsel statt; neuer Innenminister ist Joachim Brudziński, der bisherige Innenminister Mariusz Błaszczak neuer Verteidigungsminister (bisher: Antoni Macierewicz) und neuer Außenminister Jacek Czaputowicz (bisher: Witold Waszczykowski).
09.01.2018	Bei einem Treffen in Brüssel sprechen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, über Zukunftsfragen der EU sowie über die Situation der Rechtsstaatlichkeit in Polen, die zu einem Konflikt mit der EU geführt hat. Beide bezeichnen das Gespräch anschließend als konstruktiv.
09.01.2018	Kamila Gasiuk-Pihowicz, Abgeordnete von Die Moderne (Nowoczesna), wird ohne Gegenkandidatur zur Fraktionsvorsitzenden im Sejm gewählt.
10.01.2018	Der Sejm stimmt über zwei Bürgergesetzesinitiativen zum Abtreibungsrecht ab. Das Gesetzesprojekt »Retten wir die Frauen 2017« (Ratujmy Kobiety 2017), das eine Liberalisierung des geltenden Abtreibungsrechts vorsieht, wird in der ersten Lesung mit 202 Stimmen bei 194 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen abgelehnt. Von den Oppositionsparteien Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Die Moderne (Nowoczesna) sind 29 bzw. zehn Abgeordnete bei der Abstimmung nicht anwesend. Die Gesetzesinitiative »Stopp die Abtreibung« (Zatrzymaj Aborcję), die eine Verschärfung des geltenden Rechts vorsieht, wird mit 277 Stimmen bei 134 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen an den Rechtsausschuss weitergeleitet.
11.01.2018	Präsident Andrzej Duda gibt in Warschau einen Neujahrsempfang für das in Polen vertretene Diplomatische Corps. In seiner Rede unterstreicht er, dass die Erfahrungen Polens und der anderen ostmitteleuropäischen Länder und die Erkenntnisse daraus der Ausgangspunkt der Diskussion über die Zukunft der EU sein sollten. Die EU bedürfe nicht nur der internen Kompromissfähigkeit und des Pragmatismus, sondern müsse vor allem die ihr eigene Wertehierarchie im gesellschaftlichen Leben wiederherstellen, auf der die europäische Identität gründe. Europa sei nicht von Politikern gemacht, sondern von Generationen europäischer Nationen geformt worden. Wer meine, das Monopol auf die Bestimmung dessen zu haben, was Europa sei, sei kein Reformator, sondern ein Usurpator.
12.01.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki spricht sich dafür aus, dass der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ryszard Czarnecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), im Amt bleiben solle. Seine Aussage über die Europaabgeordnete Róża Thun von Hohenstein (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) dürfe nicht überbewertet werden. Auch die Gegner der PiS sollten ihre Wortwahl mitunter mäßigen. Hintergrund ist ein Interview, das Czarnecki Anfang Januar gegeben hatte und in dem er die mit einem Deutschen verheiratete Thun von Hohenstein mit dem Typ des polnischen Kollaborateurs während der deutschen Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg verglichen hatte. Daraufhin haben vier Fraktionsvorsitzende des Europäischen Parlaments in einem Brief an den Präsidenten des EU-Parlaments, Antoni Tajani, Sanktionen gegenüber Czarnecki gefordert.
13.01.2018	In Warschau protestieren mehrere tausend Menschen vor dem Sejm gegen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Ein entsprechendes Gesetz hat Mitte der Woche die erste Lesung des Parlaments passiert. Scharfe Kritik äußern die Protestierenden an der parlamentarischen Opposition. Da etliche Abgeordnete bei der Abstimmung im Sejm fehlten, wurde ein liberaler Gesetzentwurf abgelehnt.
14.01.2018	Der Botschafter der Republik Polen in Berlin, Andrzej Przyłębski, sagt im »Interview der Woche« des Deutschlandfunks, dass Polen die Quotenregelung in der Flüchtlingspolitik der EU nicht akzeptieren und eher auf EU-Zahlungen verzichten würde. Polen setze auf Hilfe vor Ort, um Fluchtursachen zu bekämpfen.
15.01.2017	Außenminister Jacek Czaputowicz unternimmt seine erste Auslandsreise im Amt nach Sofia (Bulgarien). Bulgarien hat im ersten Halbjahr 2018 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Bei einem Treffen mit Außenministerin Ekaterina Sachariewa werden Fragen der bilateralen Beziehungen, der regionalen Zusammenarbeit und der Zukunft der EU thematisiert. Beide sprechen sich für die Integration der Westbalkan-Staaten in die Europäische Union aus. Nur so könnten in diesem Teil Europas Sicherheit, Wohlstand und Zusammenarbeit gewährleistet werden.

17.01.2018	Der neu berufene Außenminister Jacek Czaputowicz trifft sich in Berlin mit seinem deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel. Czaputowicz betont, die enge Zusammenarbeit beider Länder sei für eine dauerhafte und stabile Entwicklung Europas unerlässlich. Polen wolle Europa mitgestalten und seine Bedeutung in der Welt vergrößern. Weiter spricht er sich für koordinierte Aktivitäten des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) angesichts europäischer und globaler Probleme aus. Die Diskussion über Reparationsforderungen Polens an Deutschland bewerte er aktuell nicht als Belastung für die bilateralen Beziehungen, sie sollte auf Expertenebene geführt werden. Gabriel sagt, die deutsch-polnischen Beziehungen seien für die EU genauso wichtig wie das deutsch-französische Verhältnis. Er unterstreicht das große Interesse Deutschlands, dass Deutschland und Polen gemeinsam mit anderen die EU stabilisieren. Es gelte, die Spaltung der EU in Ost und West zu vermeiden. Beim Thema Reparationsforderungen habe Deutschland die klare rechtliche Position, dass alle Reparationsfragen abschließend geregelt seien, sagt Gabriel. Dennoch müsse auf die gesellschaftliche Debatte in Polen eingegangen werden, dies könne beispielsweise ein gesellschaftlicher Dialog zum Thema durch Wissenschaftler sein.
18.01.2018	Auf der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in New York unterstreicht Präsident Andrzej Duda, die Debatte über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sei eng mit den Prioritäten Polens im UN-Sicherheitsrat verknüpft, bestehende Rechtsmittel einzusetzen und neue zu schaffen, um unrechtmäßiges und aggressives Handeln einiger Mitglieder der internationalen Gemeinschaft zu mindern. Polen ist seit Januar für zwei Jahre nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.
18.01.2018	Die Partei Die Moderne (Nowoczesna) reicht im Sejm ein Gesetzesprojekt zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts ein. Es erlaubt eine Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche, wenn die Frau vorher an einem Beratungsgespräch teilgenommen hat. Bisher besteht das Recht auf Abtreibung bei Gefahr für Leib und Leben der Mutter und des Kindes und wenn die Schwangerschaft infolge einer Straftat eintrat. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) arbeitet aktuell an einer Verschärfung des Abtreibungsgesetzes.
19.01.2018	Der neu berufene Gesundheitsminister Łukasz Szumowski und Jarosław Biliński, Vizevorsitzender der Vereinigung der jungen Ärzte in der Facharztausbildung in der Ärztegewerkschaft (Porozumienie Rezydentów OZZL), zeigen sich mit dem Verlauf des mehrstündigen Gesprächs über die Forderungen der seit Oktober für bessere Arbeits- und Versorgungsbedingungen im Gesundheitswesen protestierenden jungen Ärzte zufrieden. Das Gespräch sei konstruktiv und sachorientiert gewesen und werde weitergeführt.
21.01.2018	Außenminister Jacek Czaputowicz trifft sich in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans. Thematisiert wird die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen nach der von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) durchgeführten Justizreform. Beide äußern sich positiv über das Gespräch und kündigen die Fortsetzung des Dialogs an.
21.01.2018	Nach einer Sendung von TVN 24 über Aktivitäten des polnischen Verbands Stolz und Moderne (Duma i Nowoczesność), der u. a. Adolf Hitler und den Nationalsozialismus verherrlicht, unterstreicht Innenminister Joachim Brudziński, dass es in Polen eine Straftat sei, Faschismus, Kommunismus oder eine andere Form des Totalitarismus zu propagieren, und kündigt an, die Polizei und die Staatsanwaltschaft einzuschalten.
22.01.2018	Der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Ryszard Terlecki, teilt mit, dass er beim Sejmarschall für die kommende Sitzung des Sejm eine Information des Innenministeriums über Personen, Organisationen und Gruppierungen beantragt habe, die verdächtigt werden, totalitäre Staatssysteme zu propagieren und zum Hass aus nationalen, ethnischen oder Gründen der Rasse oder des Bekenntnisses aufzurufen. Hintergrund ist eine Sendung von TVN 24 über den polnischen Verband Stolz und Moderne (Duma i Nowoczesność) in der vergangenen Woche. Vorher hatten bereits Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Innenminister Joachim Brudziński, Justizminister Zbigniew Ziobro und der Sprecher des Präsidenten, Krzysztof Łapiński, derartige Taten scharf verurteilt und rechtliche Konsequenzen angekündigt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen